

Schleusingen mit Suhl zu dem unentwegt auf seine militärische Stärke bedachten Preußen gekommen. Ein enormer Zugang an Aufträgen seit Anfang der dreißiger Jahre veranlaßte die preußische Heeresverwaltung 1835, die Suhler „Gewehrfabrik“ vor folgende Alternative zu stellen: Entweder sie beseitigt unverzüglich den alten „Übelstand der zerstreuten Lage der Werkstätten“ und legt eine richtige Waffenfabrik an, die es ermöglicht, „die Arbeiten gehörig zu kontrollieren“, oder die Aufträge werden anderweitig vergeben.

Daraufhin kauften die Firmen Wilhelm und Heinrich Spangenberg, Sauer und Sohn sowie Heinrich Sturm und Gottfried Göllner den Rohrhammer, der damals im Besitz von Friedrich Klett und Heinrich Schilling gewesen ist. Sie richteten an seiner Stelle die geforderte Produktionsstätte ein, die 1838 die Waffenherstellung aufnahm und aufgrund der steigenden Bestellungen ständig erweitert wurde.¹⁷⁾ So entstand der Gebäudekomplex der späteren Waffenfabrik I. P. Sauer und Sohn. Er befindet sich unterhalb des Eisenbahnviadukts und war nach 1945 Bestandteil des VEB Kombinat Fahrzeug- und Jagdwaffenwerk Suhl.

Nach der Wende 1990 war das Schicksal des Betriebes lange ungewiß. Die Belegschaft hielt den Betrieb zeitweise besetzt und erreichte, daß Ende 1993 die Produktion wieder aufgenommen wurde.

Mit einem österreichischen Investor kann das traditionsreiche Werk als Suhler Jagd- und Sportwaffen GmbH mit allerdings stark dezimierter Belegschaft nunmehr optimistisch in die Zukunft blicken. Wenn der vorgesehene Neubau eines Produktionsgebäudes

auf dem Suhler Friedberg realisiert ist, wird ein nahezu 300 Jahre alter Produktionsstandort in der Aue mit einer bewegten Geschichte sein Ende finden.

Anmerkungen:

- 1) Landeshauptarchiv (LHA) Sachsen-Anhalt (SA), Außenstelle (ASt.) Wernigerode (Wernig.), Rep. A 33 B XI Nr. 19 Vol. 1
- 2) wie 1)
- 3) LHA SA, Ast. Wernig., Rep. A 33 B XIV Nr. 1 Vol. 1
- 4) LHA SA, ASt. Wernig., Rep. D Suhl Lc LX Nr. 7
- 5) wie 4)
- 6) wie 4)
- 7) wie 4)
- 8) LHA SA, ASt. Wernig., Rep. A 33 B XI Nr. 4
- 9) wie 4)
- 10) LHA SA, ASt. Wernig., Rep. D Suhl Lc LX Nr. 1
- 11) LHA SA, ASt. Wernig., Rep. A 33 B XI Nr. 3
- 12) LHA SA, ASt. Wernig., Rep. A 33 B XI Nr. 6
- 13) LHA SA, ASt. Wernig., Rep. D Suhl Lc XL Nr. 8
- 14) LHA SA, ASt. Wernig., Rep. D Suhl Lc XL Nr. 10
- 15) Stadt- und Kreisarchiv Suhl, Industrie allgemein 4691
- 16) H. SEELBACH: Eine Reise nach Suhl vor 125 Jahren. In: Henneberger Heimatblätter, Beilage zur Suhler Zeitung Nr. 10/1932
- 17) W. HÖHN: Aus der Entwicklung und Geschichte des Kreises Schleusingen (1815–1915). In: Schriften des Hennebergischen Geschichtsvereins, Nr. 8 / 1915

Reinhold Albert

Billmuthausen, Erlebach und Leitenhausen wurden zu DDR-Zeiten geschleift

Ein Stück grausamster Teilungsgeschichte ist die Zerstörung von Ortschaften entlang der innerdeutschen Grenze. Auf einer Landkarte kann man heute noch deren Verlauf vor allem an einer Kette zerstörter Dörfer erkennen.

Allein im Heldburger Unterland fielen drei Gemeinden dem sozialistischen Verstand zu DDR-Zeiten zum Opfer, nämlich Billmuthausen und Erlebach bei Bad Colberg/Heldburg, sowie Leitenhausen bei Gompertshausen.



1959 entstand diese Aufnahme von Billmuthausen im Heldburger Unterland, das wenige Jahre später im Auftrag der DDR-Oberen dem Erdboden gleichgemacht wurde.

Billmuthausen

Größte der vernichteten Ortschaften war Billmuthausen. Auf der Straße von Heldburg nach Bad Colberg zweigt auf halber Strecke in einem ausgedehnten Waldstück an einem steinernen Wegweiser, der u. a. die Aufschrift "Billmuthausen 2,783 km" trägt, ein Weg nach links ab. Nach kurzer Zeit ist Billmuthausen erreicht, vielmehr das, was davon übrig blieb. Bedrohlich grüßt ein viereckiger Betonbeobachtungsturm, einem Raubvogelhorst ähnlich, vom nahen Hügel am ehemaligen "antifaschistischen Schutzwall" herunter.

Der "Eiserne Vorhang" ist mittlerweile abgebaut und nur noch wenig ist vom Schrecken zu verspüren, der von den monströsen Befestigungsanlagen ausging.

Im ausgedehnten Grund ist neben einem verfallenen Dorffriedhof ein Transformatorrenhäuschen zu sehen. Bedrückend wirkt das ganze Szenario. Im Gottesacker ist zu erkennen, daß die Angehörigen der Toten nach langen Jahren wieder an ihren ehemaligen Heimatort zurückkehren können. Viele Gräber tragen frische Blumen. Umgestürzte Grabsteine sind notdürftig aufgestellt. Welche Bitterkeit muß eine Familie beim Grab ihrer Angehörigen empfinden, auf dem noch nicht einmal ein Grabstein mehr vorhanden ist. Er liegt vermutlich in tausend Stücke zerschlagen auf einem Haufen Bauschutt in der Nähe des Friedhofs.

Erst 1973 fand auf dem kleinen Friedhof die letzte Beerdigung statt. Doch schon damals war Billmuthausen ein sterbendes Dorf. Die Zerstörung ihres Heimatortes, die der "weiteren Erhöhung der Ordnung und Sicherheit an der Staatsgrenze zur BRD diente", wie es in einem Schreiben zur Auflösung des Ortes 1978 hieß, betrachteten die Bewohner Billmuthausens als das Unverständlichste in all diesem Unverstand.

1340 wurde Billmuthausen erstmals urkundlich erwähnt. In der Folgezeit war es im Besitz der Herren von Lichtenstein, deren Stammsitz auf der gleichnamigen Burg bei Ebern lag. 1635 raffte die Beulenpest, die im Verlauf des Dreißigjährigen Krieges im Heldburger Unterland wütete, den größten Teil der Bevölkerung hinweg. Um 1650 soll Billmuthausen schon einmal wüst gelegen haben. Doch schon 1666 waren wieder 13 Feuerstätten vorhanden.

Die Keller am Fuße des Mühlbergs, heute noch intakte Gewölbe, die nach der Zerstörung des Ortes zugemauert und heute teilweise wieder genutzt werden, waren im 17. Jahrhundert als Weinkeller angelegt worden.

1834 erwarb der Herzoglich-Coburgische Landkammerrat Rudolf Friedrich Ludloff das Rittergut im Tal der Rodach von den Erben des Landwirtschaftsdirektors Freiherr von Händel für 60 000 Gulden. Unter seiner Leitung erlangte das Gut einige Berühmtheit in

der landwirtschaftlichen Welt. Eine rege Bau-tätigkeit setzte ein.

Nach Auflösung des Herzogtums Sachsen-Meiningen 1918 kam das Amt Heldburg und damit Billmuthausen zu Thüringen. 1933 zählte der Ort 46 Einwohner. 1938 wurde die Gemeinde in das benachbarte Bad Colberg eingemeindet. Im April 1945 wurde der kleine Ort nach heftigen Kämpfen in der Umgebung von amerikanischen Soldaten besetzt. Die Amerikaner zogen sich vereinbarungsge-mäß am 1. Juli 1945 hinter die nur 500 m ent-fernte bayerische Grenze zurück, die Rote Armee rückte nach. Billmuthausen lag nun in der Sowjetischen Besatzungs-Zone (SBZ) und war durch die Demarkationslinie von den bayerischen Nachbardörfern abgeschnitten.

Die Gutsbesitzerfamilie wurde enteignet, das Familienoberhaupt Hermann Ludloff ver-schleppt und ermordet, Ehefrau und Kinder wurden deportiert.

Am 1. 12. 1945 wurde das Gutsland auf kleine Bauernwirtschaften aufgeteilt. Der Be-sitz wurde unter zwölf Neubauern aufgeteilt. Acht Flüchtlingsfamilien aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien fanden notdürftig Unterkunft. Die meisten von ihnen waren Bauern.

1948 wurde das Billmuthäuser Gutshaus auf Befehl der Besatzungsmacht abgerissen, das Material für neue Höfe verwendet.

Die Entwicklung des Dorfes hatte sich noch nicht gefestigt, da begannen willkürliche staatliche Eingriffe in das eben entstan-dene Gefüge. Die Kollektivierung der Land-wirtschaft nach sowjetischem Vorbild wurde durch die Regierung beschlossen. Bis Ende 1952 entstanden unter massivem Druck die ersten landwirtschaftlichen Produktions-genossenschaften (LPG).

Einen viel tieferen Einschnitt in die Le-bensumstände in Billmuthausen stellte die Verordnung über die Einrichtung einer Fünf-Kilometer-Zone entlang der Zonengrenze vom Mai 1952 dar. Billmuthausen war ab die-sem Zeitpunkt nur noch per Passierschein er-reichbar. Der Ort zählte damals 50 Einwoh-ner.

Das Gerücht von drohenden Deportationen verdichtete sich immer mehr. Vom 5. bis 7. 6.

1952 wurde unter der menschenverachtenden Codebezeichnung "Ungeziefer" durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) eine stabsmäßig vorbereitete Deportation von Familien aus dem Grenzgebiet durchgeführt.

Am 20. 6. 1952 flüchteten sieben der acht Umsiedlerfamilien mit 34 Personen ins baye-rische Gauerstadt. Billmuthausen verödete zur Hälfte. Die Flüchtlinge ließen eine kranke, gelähmte Dorfgemeinschaft zurück – es waren diejenigen, die durch ihre Wurzeln in der Heimaterde festgehalten wurden. Die Hälfte der Höfe stand leer, die Äcker verwil-derten rasch.

Die Regierung befahl deshalb Industriear-beiter aufs Land. In Billmuthausen wurden die Häuser wieder bezogen und eine LPG ge-gründet. Am 30. April 1958 wurde im ehemaligen Wirtschaftsgebäude des Gutshofes ein Schullandheim der Geschwister-Scholl-Oberschule Hildburghausen eröffnet. Ein be-quem nutzbares Reservoir von unbezahlten Arbeitskräften stand damit der LPG zur Ver-fügung. Die Schüler mußten halbtags hierin arbeiten. 1960 wurden unter Druck die letzten vier Bauern des Ortes, die bisher der staatli-chen Willkür trotzten, Mitglieder der LPG.

Den langsamsten Tod des kleinen Dorfes leiti-te 1961 der Bau der Berliner Mauer und die folgende Befestigung der Westgrenze ein. Am 3. 10. 1961 begann die Aktion "Korn-blume" des MfS. Erneut wurden Menschen aus dem Sperrgebiet deportiert. Diesmal be-traf es auch zwei Billmuthäuser Familien. Sie wurden in die Naumburger Gegend und ins Erzgebirge verschleppt. Das Schullandheim wurde wieder geschlossen.

Norbert Fuchs schreibt in seinem 1991 im Verlag Frankenschwelle (Hildburghausen) erschienenen Buch "Billmuthausen – Das ver-urteilte Dorf": "Diese Eingriffe der Staats-macht erzeugten in den Grenzdörfern eine Krankheit, die man "Paranoia socialistica" nennen könnte. Stets gewärtig, daß weitere Deportationen oder Repressionen folgen können, begannen die Menschen, ihren Nach-barn zu mißtrauen!"

1963 entgegnete eine Grenzordnung die Bewoh-ner im Grenzgebiet noch mehr ein. Dennoch arbeiteten die Billmuthäuser, bauten Wohn-häuser und Scheunen.



Von Billmuthausen blieb lediglich der Friedhof übrig. Im Hintergrund ein ehemaliger Wachturm der DDR-Grenzwächter. Erstmals wieder im Frühjahr 1990, wo die Aufnahme entstand, konnten ehemalige Billmuthäuser nach langen Jahren die Gräber ihrer Angehörigen mit Frühlingsblumen schmücken.

Sichtbares Zeichen schlimmer Vorahnungen war der Verfall der kleinen Dorfkirche inmitten des Friedhofs. Als das Gotteshaus, ein Kleinod spätgotischer Baukunst, baufällig geworden war, befahlen die Machthaber im Januar 1965 den Abriß. Man wählte einen Zeitpunkt, an dem sich der zuständige Pfarrer aus dem benachbarten Ummerstadt wegen eines Kuraufenthalts auswärts aufhielt. Wie alle Missetäter scheutn sie das Tageslicht, fürchteten unerwünschte Zeugen in den bayrischen Nachbardörfern.

1973 erreichte das Dorf die Hiobsbotschaft, es solle "... zur Festigung von Ordnung und Sicherheit an der Staatsgrenze" geräumt werden. Billmuthausen lag jetzt in der 500-Meter-Schutzzone, diese wiederum im 5-Kilometer-Sperrgebiet. Die Grenze wurde zur Frontlinie ausgebaut. Der "Limes Sozialistica" wuchs von Tag zu Tag. Wachttürme wurden rund um das Dorf aufgebaut.

Zunächst wurden die Mühle und das einzeln stehende Gehöft jenseits der Rodach mit einem Zaun vom Dorf getrennt. Deren Be-

wohner lebten fortan im Niemandsland zwischen Dorf und Todeszone des Minengürtels. Der stumme Widerstand der Bauern verzögerte die Räumung fünf lange qualvolle Jahre.

1976 gab die erste Familie in Billmuthausen auf, zermürbt von den ständigen Schikanen derer, die vorgaben, nur ihr Bestes für den Aufbau des Sozialismus zu wollen, und zog weg. Gleich darauf wurde das Haus dem Erdboden gleichgemacht. Die Angst ging um. Jede Hoffnung auf eine Zurücknahme der Entscheidung über eine Einebnung des geliebten Heimatdorfs wurde, kaum ausgesprochen, im Keim erstickt. Der stumme Widerstand der Bauern verzögerte die Räumung. Die psychologische Kriegsführung gegen das eigene Volk wurde unvermindert fortgesetzt. Die Zahl der Ruinen in Billmuthausen wuchs. Das Dorf starb Haus für Haus, Hof für Hof. Am 1. 9. 1978 verließ die letzte Familie Billmuthausen. Was blieb, war das Transformatorenhäuschen neben dem Friedhof als riesiger Grabstein.

1978 verweigerten die Angehörigen die Zustimmung der Exhumierung der Toten auf dem kleinen Dorffriedhof und deren Verlegung. Am 4. Dezember 1978 wurde der Vollzug der "Grenzmaßnahme Billmuthausen" an das Ministerium gemeldet. Die "Abrißkollektive" wurden prämiert.

Es breitete sich die Öde eines unbewohnten Tales aus, durch das sich das Spinnennetz des Grenzzauns zog. Die Grabstellen auf dem kleinen Dorffriedhof wuchsen zu. Kein ehemaliger Bewohner Billmuthausens durfte in der Folgezeit bis zur Wende im Jahre 1989 mehr seinen Heimatort, bzw. das, was die sozialistischen Machthaber davon übrig gelassen hatten, betreten.

Aber die Mächtigen hatten Angst vor dem Volk und davor, daß es die Wahrheit erführe. In Telefonbüchern, Atlanten, Postleitzahlenverzeichnissen wurde der Name des Dorfes Billmuthausen fortgeführt.



Gedenktafel an dem zerstörten Ort. Wenige Tage nach ihrer Enthüllung wurde sie entwendet und ist bis heute verschwunden.

Am 22. Januar 1992 wurde auf dem kleinen Friedhof feierlich ein Gedenkstein mit Bronzeplatte mit der Aufschrift: "Hier stand von 1340-1978 das Dorf Billmuthausen. 1978 zerstört, die Einwohner vertrieben." enthüllt. Dieter Ludloff, der Sohn des letzten Gutsherren von Billmuthausen, sagte bei der Feier: "Dieser Stein soll Erinnerung und Mahnung sein, damit so etwas in unserem Vaterland nicht wieder geschieht!" Ludloff ist

eines von rund 30 Mitgliedern im "Förderverein Gedenkstätte Billmuthausen", der sich im Sommer 1994 gründete, und dessen Vorsitzender der ehemalige Landrat des Kreises Hildburghausen, Dr. Elmar Weidenhaun, ist.

In der Satzung des Vereins ist nachzulesen: "Billmuthausen steht stellvertretend als Synonym für die Verbrechen, die an der ehemaligen Demarkationslinie durch Deutschland verübt wurden." Wenige Tage nach der Enthüllung des Gedenksteins wurde übrigens die von dem Dresdener Grafiker Martin Hänisch entworfene Erinnerungstafel gestohlen und ist bis heute verschwunden. Im November 1995 wurde in dem Ort, den es eigentlich nicht mehr gibt, der aber doch weiterlebt, eine neue Tafel enthüllt.

Erlebach

Die Geschichte Erlebachs reicht weit in die Zeit des Mittelalters zurück. Mittelpunkt des Ortes war zu allen Zeiten ein stattlicher Gutshof. Er bestand aus zwei Herrschaftshäusern, die in den Jahren 1699 bzw. 1718 neu errichtet wurden. Ferner gehörte eine Mahlmühle sowie eine Ziegelhütte mit einem Kalkofen dazu.

Seit 1365 soll die Familie von Marschall-Greiff auf Erlebach ansässig gewesen sein. Veit Ulrich und Rudolf von Marschall-Greiff waren die letzten männlichen Glieder der Familie.

Ersterer – er gehörte als General im Ersten Weltkrieg dem geheimen Militärkabinett Kaiser Wilhelms an – verstarb 1923 in Erlebach. Mit seinem Bruder Rudolf erlosch 1929 das uralte Geschlecht. Bei seiner Beerdigung zerschlug deshalb Graf Ortenburg zu Tambach alter Tradition entsprechend das Wappenschild der Familie und gab die Stücke dem Verstorbenen mit in das Grab.

Erbin des Gutes wurde die älteste Tochter des Veit Ulrich von Marschall-Greiff, Eva Clausius. Große Flächen des Waldbestandes des Gutes mußten abgeholtzt werden, um die Schulden beglichen zu können, die bei Auszahlung des Erbteils an ihre Schwester Charlotte von Zander entstanden. Es fehlte in den dreißiger Jahren vor allem auch an Arbeitskräften, um auf dem Gut einen Gewinn er-

wirtschaften zu können. So war die Familie um 1940 völlig verarmt. Nach 1940 wurden von der Kreisbauernschaft Hildburghausen Treuhänder zur Verwaltung des Gutes Erlebach eingesetzt.

Die Nachkommen des letzten Rittergutsbesitzers waren nicht sehr an dem Gut interessiert und verließen Erlebach nach Kriegsende in Richtung westlicher Besatzungszone. Nach dem Einmarsch der sowjetischen Besatzungsmacht in das Heldburger Unterland wurde das Rittergut aufgelöst, die Familie Clausius enteignet.

Vor allem Umsiedler, die 1945 aus dem Sudetenland vertrieben wurden, siedelte man in Erlebach an. Zum Gut gehörten damals neben den Gebäuden 78 Hektar Ackerland, 90 Hektar Wald und 15 Hektar Wiesen.

Am 23. 12. 1945 wurde durch die Bodenreform das Gutsland an die fünf ansässigen Familien und an Bürger aus dem benachbarten Städtchen Ummenstadt aufgeteilt. Es erfolgte auch der Neu- und Ausbau von Wohnhäusern und landwirtschaftlichen Gebäuden im angewiesenen Einheitstyp.

Nunmehr waren in Erlebach 29 Personen, davon 16 Umsiedler, ansässig. Im Herrschaftshaus wurde 1945 ein Altersheim eingerichtet, später wurde es als Kinderheim genutzt.

1948 mußte das Gutsgebäude auf Befehl der sowjetischen Besatzungsbehörde abgerissen und eingeebnet werden. Das gleiche geschah mit einer großen, modernen Scheune. Der Gutscharakter Erlebachs mußte verschwinden. Die Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft machte auch um Erlebach keinen Bogen.

Der Grenzzaun, der 1952 zwischen Thüringen und Bayern gezogen wurde, verlief unmittelbar an der Gemarkungsgrenze des Ortes. Erlebach war durch die Lage im 500-Meter-Schutzstreifen besonders abgeriegelt.

Noch schlimmer wurde es ab August 1961, dem Zeitpunkt des Mauerbaus in Berlin. Ständige Kontrollen und eine andauernde Überwachung gehörten zum täglichen Leben der Erlebacher Familien. Ein Schlagbaum wurde direkt vor dem Ort installiert. Eine ehemalige Bewohnerin berichtet: "Manch-

mal haben wir über eine Stunde gewartet – und das nach Stunden der Arbeit im Stall oder auf dem Feld – ehe uns die Grenzer nach Hause ließen!"

Die Kinder, die nach auswärts verzogen, durften nur an Geburtstagen oder Familienfeiern ihre Eltern für einen Tag besuchen. Adolf Paar erzählt, er habe für seinen Sohn eine Wohnung ausgebaut, und als dieser 1978 heiratete, verweigerten ihm die Behörden, einen Wohnsitz in Erlebach zu nehmen.

Ende der sechziger Jahre waren schon verschiedentlich Bewohner aus Erlebach weggezogen, einzelne waren geflüchtet. Den Eheleuten Paar wurde die amtliche Mitteilung von ihrer Aussiedlung und der Liquidierung des Dorfes 1975 überbracht. Nur die Drohung der Mutter Adolf Paars, Maria Paar und Frau Klaschka ("Wenn wir unser neues Zuhause nach der Umsiedlung aus den Sudeten wieder verlieren, hängen wir uns auf!") ließen die Behörden vorerst Abstand davon nehmen. Diesen Aufruhr wollten sich die SED-Machthaber noch nicht leisten.

Einige Jahre hörten die Erlebacher nichts von der Beseitigung ihres Dorfes. Die Familie Paar baute bis 1980 sogar ihre Ställe als Wohnungen für ihre beiden Söhne aus. "Ich habe geglaubt, wir hätten die Kurve gekriegt!" bemerkte Paar rückblickend.

Doch die Behörden hatten Erlebach nicht vergessen. 1982 wurden die Bewohner mündlich darüber informiert, daß Erlebach vollständig ausgesiedelt und der Ort wegen seiner unmittelbaren Grenznähe dem Erdboden gleichgemacht werde. Am Abend erschienen Herren der Staatssicherheit und drohten, entweder sie gingen freiwillig oder sie würden ausgehungert. Die Familie Paar verzog am 18. Dezember 1982 als die letzten Erlebacher Bürger nach Ummenstadt.

"Das Geld, das wir für unser Anwesen in Erlebach erhielten, reichte gerade für den Grundstückskauf in Ummenstadt!", berichtet Christa Paar. Dem Möbelwagen der Familie folgten die Bagger und Schieberaupen des Räumkommandos.

Lediglich ein Transformatorenhäuschen und der Dorfteich neben der Ortsverbindungsstraße von Lindenau nach Ummenstadt



Leitenhausen (die Aufnahme entstand um 1930) wurde 1317 im Henneberger Urabrium erstmals urkundlich erwähnt.

erinnern heute noch an den 1982 eingeebneten Ort Erlebach im Heldburger Unterland.

Leitenhausen

„Leitenhausen, 1317–1972“ lautet die Inschrift eines Gedenksteins, der zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 1993 zwischen Gompertshausen und Alsleben/Trappstadt eingeweiht wurde.

Zur Feier hatte die Gemeinde alle Familien eingeladen, die einst in Leitenhausen wohnten, darunter auch die beiden zwangsausgesiedelten Familien. Der Gompertshäuser Bürgermeister Edgar Staudigel sagte bei der Einweihung, daß zwar Leitenhausen ausgelöscht wurde, aber nicht vergessen sei. Für nachfolgende Generationen solle der Gedenkstein ein Ort der Mahnung sein. Dies unterstrichen in ihren Ansprachen auch der Hildburghäuser Landrat Dr. Elmar Weidenhaun sowie Bundestagsabgeordneter Arnulf Kriedner und die Präsidentin des Bundes der Zwangsausgesiedelten, Ilona Rothe.

Beim Aufstellen des von Gompertshäuser Geschäftsleuten gestifteten Denkmals in der Nähe des ehemaligen Herrenhauses stieß man noch auf letzte Zeugnisse der ausgelöschten Ortschaft. Zum Vorschein kam u.a. das Fundament einer Scheune unmittelbar neben der Straße sowie eine Brunnenkammer. Zum er-

sten Mal nach mehr als zwanzig Jahren läuteten in Leitenhausen wieder die Glocken des Gemeindehauses, die der Gompertshäuser Schmied Erich Siebensohn bei den Abbrucharbeiten 1972 rettete und seitdem verwahrte.

„Leytenhausen“ wurde 1317 erstmals urkundlich erwähnt. Im 16. Jahrhundert gehörte das Rittergut „Lettenhof“ den Herren von Löwenstein. Im 17. Jahrhundert ging es in den Besitz der Familie von Leupold über. Es wurde mit dem Gut Schlechtsart, nur wenige Kilometer nördlich, vereinigt, dann aber wieder getrennt. In der Folgezeit wechselte der Ort öfters den Besitzer, gehörte denen von Kuenssberg, dann der Familie Kaiser.

Im 19. Jahrhundert wurde Leitenhausen als mittelgroßes Gut bezeichnet, und bis 1945 war der „Lettenhof“ Rittergut. Es wurde zuletzt bewirtschaftet von Gutspächter Heer, der dann das Gut Brennhausen bei Sulzdorf übernahm.

Leitenhausen bestand aus einem Herrenhaus, einem Taglöhnerhäuschen, einer Schmiede sowie einer großen Scheune. Es umfaßte etwa 100 Hektar Ackerland und einen großen Wald.



1972 hatten Bürger aus dem benachbarten Gompertshausen die Dächer der noch verbliebenen Gebäude in Leitenhausen abzudecken, bevor ein Abrißkommando den Ort dem Erdboden gleichmachte. Erich Siebensohn fertigte heimlich diese Aufnahme.



Bei der Einweihung eines Steins zum Gedenken an das geschleifte Leitenhausen am 3. 10. 1993 läutete Erich Siebensohn nach vielen Jahren Unterbrechung erstmals wieder die 1694 gegossene Glocke des Ortes. Bruno Schubarth hielt den historischen Augenblick im Bild fest.

Mit der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone nach dem Zweiten Weltkrieg kam es 1946 zu einer Liquidierung des Ritterguts. Dieses wurde unter fünf Flüchtlingsfamilien aufgeteilt. Es gründeten sich sogenannte Neusiedlerhöfe, die mit jeweils rund 14 Hektar Ackerland und drei Hektar Wald bestückt waren. Jeder Neusiedler erhielt auch drei Pferde. Die Gutsscheune wurde teils zu Wohnzwecken umgebaut. Auch wurden neue Wohnhäuser errichtet.

1959 gründete sich die LPG "Roter Stern". 1965 wurde Leitenhausen der LPG im benachbarten Gompertshausen einverlebt. Bereits 1962 wurden zwei Familien im Zug des Ausbaus der Grenzbefestigung aus Leitenhausen zwangsevakuier. Mehr und mehr Familien verzogen in der Folgezeit freiwillig aus dem abgelegenen Dörfchen, das zudem durch die nur etwa 200 Meter entfernte Grenze am Spanshügel völlig abgeriegelt

war. 1970 verließ die letzte Familie Leitenhausen.

1972 begann der Abriß des Guts. Nachdem die Dächer abgedeckt waren, sprengten Betriebskampfgruppen die Gebäude. Ein großes Loch wurde geschoben, in das der Bauschutt gekippt wurde. Übrig blieben von Leitenhausen ein kleiner Bergfriedhof, ein trockenliegender Feuerlöschteich, ein 1694 gegossenes Glöckchen und eine Truhe aus dem ehemaligen Gutshaus.

Literatur und Quellen:

Fuchs, Norbert: Billmuthausen – Das verurteilte Dorf, Hildburghausen 1991.

Köhler-Terz, Dieter: Erlebach – eine Tragödie. In: Freies Wort Hildburghausen v. 21. 03. 1991 und Fränkischer Tag Bamberg v. 07. 07. 1990; Archiv des Autors.